



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

3.  
Juni 2014



Energiewende  
**direkt**



Federal Energy Office

**ENERGIEWENDE VERRINGERT IMPORTABHÄNGIGKEIT**

Beckmeyer: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben allein 2012 36 Milliarden Euro Importkosten gespart.

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



das Thema Versorgungssicherheit ist in den vergangenen Monaten wieder ins Zentrum energiepolitischer Debatten gerückt. Umso wichtiger ist es, Energieversorgungssicherheit als eine gemeinsame Aufgabe zusammen mit anderen Staaten anzugehen.

Grundsätzlich gilt bei uns in Deutschland: Die Verantwortung für eine sichere Energieversorgung liegt zunächst bei den Unternehmen. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, vor allem dann, wenn wir es mit funktionierenden Märkten zu tun haben. Richtig ist aber auch: Öl- und Gasimporte führen immer dann zu Abhängigkeiten und Risiken für die Versorgung, wenn – aus welchen Gründen auch immer – ausbleibende Lieferungen nicht ausgeglichen werden können. Es ist nicht akzeptabel, wenn eine Seite die Abhängigkeit der anderen ausnutzt, um anderweitige Ziele durchzusetzen. Eine Diversifizierung der Bezugsquellen und der Transportwege für Erdgas ist und bleibt somit für Europa von entscheidender Bedeutung für die Verringerung des Versorgungsrisikos.

Energieversorgungssicherheit ist eine Aufgabe, die wir nur zusammen meistern können. Auch deshalb haben wir uns im Rahmen der G7-Staaten auf gemeinsame Maßnahmen für eine höhere Energiesicherheit verständigt. Und darum begrüße ich auch den aktuellen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit.

Einfache und kurzfristige Lösungen, die uns unabhängig von Importen machen, gibt es nicht. Langfristig aber machen ein konsequenter Übergang zu erneuerbaren Energien und eine verbesserte Energieeffizienz möglich, die Energieversorgung auf ein sicheres Fundament zu stellen.

Ihr

Sigmar Gabriel

## Energiewende verringert Importabhängigkeit

**Beckmeyer: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben allein 2012 36 Milliarden Euro Importkosten gespart.**



© Energy Security Summit / Klaus Weddig

„Die Sicherheit der Energie- und Rohstoffversorgung ist ein hoch aktuelles Thema – sowohl auf der nationalen wie auch auf der europäischen und internationalen Ebene.“ Das betonte Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie auf dem FAZ Forum Energy Security 2014 in der vergangenen Woche in Berlin.

Im Fokus der Konferenz stand vor allem die Frage, wie die Abhängigkeit von Energieimporten in Deutschland und Europa künftig reduziert werden kann. Ziel der Bundesregierung sei es, diese Abhängigkeit von internationalen Öl- und Gasimporten langfristig zu verringern, erklärte Beckmeyer. „Dazu ist die deutsche Energiewende mit den zwei Säulen erneuerbare Energien und Energieeffizienz ein wichtiger Schritt. Auf EU-Ebene können bilaterale Energiepartnerschaften dazu beitragen, die Bezugsquellen zu diversifizieren.“

### **Diversifizierung der Bezugsquellen und Transportwege**

Angesichts der weiterhin sehr hohen Importabhängigkeit Deutschlands sowie der EU insgesamt habe die Diversifizierung der Bezugsquellen und Transportwege für Europa eine hohe Bedeutung. Dies gelte umso mehr, da die Importabhängigkeit der EU – aufgrund der sinkenden Gas-Produktion in den EU-Staaten sowie des gleichzeitig weltweit steigenden Bedarfs – zunächst noch weiter zunehmen werde, so Beckmeyer.

Die großen Gasreserven seien auf wenige Länder beschränkt: „Die Diversifizierung der Bezugsquellen ist eine mittel- bis langfristige Aufgabe, an der die Bundesregierung und auch die EU insgesamt seit Jahren arbeiten“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär. So sei es ein zentrales Ziel der Energieaußenpolitik der Bundesregierung, die Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit von Energieimporten auch langfristig zu sichern.

Die Energie- und Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung etwa mit Tunesien, Marokko und Norwegen wie auch mit großen Verbraucherländern wie Indien, China, Brasilien und Südafrika dienen hierbei als wichtige Instrumente.

### **Energiewende als langfristige Strategie**

„Die Bundesregierung verfolgt mit der Energiewende in Deutschland eine langfristige Strategie, um die Nachfrage nach fossilen Energieträgern durch den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu reduzieren“, so Beckmeyer. Mit der Energiewende solle unter anderem die Stromerzeugung von heute rund 25 Prozent auf mindestens 80 Prozent erneuerbare Energien im Jahr 2050 umgestellt werden. „Mit den zwei Säulen erneuerbare Energien und Energieeffizienz wollen wir nicht nur unsere Klimaschutzziele erreichen, sondern langfristig unsere Abhängigkeit von internationalen Öl- und Gasimporten verringern.“ Zugleich schaffe dieser Weg neue Technologien und neue Wachstumspfade zugunsten neuer Arbeitsplätze.

Auch wenn dies eine mittel- bis langfristige Strategie sein müsse, so zeige sie heute schon Wirkung. „Deutschland hat allein im Jahr 2012 36 Milliarden Euro an Importkosten durch Energieeffizienzmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien gespart. Geld, das zusätzlich vor Ort investiert werden kann“, machte Beckmeyer deutlich.

An der Veranstaltung, die in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie des Auswärtigen Amtes stand, nahmen rund 150 Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus dem In- und Ausland teil. Unter den Gästen waren auch EU-Kommissar Günther Oettinger, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie der US-Sonderbeauftragte für Energiefragen, Carlos Pascual.

### **WEITERE INFOS**

Zur BMWi-Themenwebseite „Stromversorgungssicherheit und Kraftwerke“:

<http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/stromversorgungssicherheit-und-kraftwerke.html>

Zur BMWi-Themenwebseite „Konventionelle Energieträger“:

<http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/konventionelle-energetraeger.html>

## Gabriel begrüßt Kommissionsvorschläge zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit Europas

Die Europäische Kommission hat in der vergangenen Woche eine Europäische Strategie zur Energieversorgungssicherheit vorgeschlagen. Damit kommt sie einer Aufforderung durch die Staats- und Regierungschefs der EU vom März 2014 nach.



Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erklärte: "Ich begrüße den Vorschlag der Europäischen Kommission. Er zeigt, dass Europa auf dem richtigen Kurs ist. Kurzfristig sind die Möglichkeiten, Abhängigkeiten zu verringern, begrenzt. Aber die aktuelle Krise macht uns deutlich, dass wir den eingeschlagenen Weg der Diversifizierung und der Vollendung des europäischen Binnenmarktes konsequent weiter gehen sollten. Neben der

weiteren Verbesserung unseres Kriseninstrumentariums geht es mittel- und langfristig insgesamt darum, die Energieversorgung Europas nachhaltig auszugestalten. Aus meiner Sicht muss Versorgungssicherheit Hand in Hand gehen mit der Klimaschutz- und Energiepolitik der Union für 2030. Wir müssen dies zusammen diskutieren, denn mehr Energieeffizienz und der weitere Ausbau erneuerbarer Energien reduzieren nicht nur Treibhausgasemissionen, sondern verringern auch die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger. Ich freue mich, dass die Kommission dies deutlich herausgestellt hat."

Die Vorschläge der Europäischen Kommission umfassen eine Stärkung von Solidaritätsmechanismen im Krisenfall, die Verwirklichung des EU-Binnenmarkts für Energie, die Reduzierung des Energieverbrauchs, den weiteren Ausbau heimischer Energiequellen, die Diversifizierung von Versorgungsquellen und Transportrouten sowie ein einheitliches Auftreten der EU in der Energieaußenpolitik. Die Vorschläge werden beim Energierat am 13. Juni und auch beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU am 26. und 27. Juni zur Diskussion stehen.

*Bild: © sunt / fotolia.com*

---

## Studie: Erdgasversorgung in Europa trotz Ukraine-Krise gesichert

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) könnte die EU einen möglichen russischen Lieferstopp durch die Ukraine kurzfristig überbrücken. Die Versorgungssicherheit in der EU habe sich zwar erhöht, vor allem in osteuropäischen Ländern bestehe aber weiterer Handlungsbedarf.





Die europäische Erdgasversorgung ist trotz der politischen Krise zwischen Russland und der Ukraine kurzfristig sicher. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Sollte Russland seine Lieferungen in und durch die Ukraine unterbrechen, könnten die Mitgliedsländer der Europäischen Union dies weitgehend

kompensieren. Würde Russland aber einen kompletten Stopp über sämtliche Lieferwege verhängen, wären insbesondere die osteuropäischen EU-Staaten stark betroffen, Westeuropa hingegen wesentlich weniger, so das DIW Berlin in seiner Analyse.

Laut den Berechnungen der Wissenschaftler hat sich die Versorgungssicherheit seit der letzten Erdgaskrise zwischen Russland und der Ukraine im Winter 2009 zwar erhöht, unter anderem weil die EU-Länder Erdgas aus mehr Ländern beziehen und Flüssiggasterminals, Speicher und neue Pipelines gebaut haben. Allerdings sei Europa in Sachen Versorgungssicherheit noch nicht ganz so weit, wie es sein sollte. Um sich mittelfristig noch besser gegen Lieferausfälle zu wappnen, müsse die EU den Kreis ihrer Erdgaslieferanten weiter vergrößern, die bestehende Infrastruktur besser nutzen, für eine steigende Energieeffizienz sorgen und den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorantreiben, so die Forscher des DIW Berlin.

Deutschland käme laut der Studie im Fall russischer Liefereinschränkungen vergleichsweise glimpflich davon. Zwar deckt die Bundesrepublik etwa 38 Prozent ihres Erdgasverbrauchs mit Importen aus Russland, dennoch würden sich Liefereinschränkungen weitaus weniger stark auswirken als in anderen Ländern. Der Grund: Die Bedeutung der Ukraine als Transitland für Erdgaslieferungen aus Russland hat in den vergangenen Jahren abgenommen, seitdem die Nord-Stream-Pipeline als direkte Verbindung zwischen Russland und Deutschland in Betrieb gegangen ist. Da Deutschland auch an die in Weißrussland startende und über Polen verlaufende Jamal-Pipeline angeschlossen ist, kann es seine Lieferwege diversifizieren. Hinzu kommt: Mit einem Volumen von über 20 Milliarden Kubikmetern gibt es hierzulande große Speicherkapazitäten, die etwa einem Viertel des gesamten Erdgasverbrauchs entsprechen, so das DIW Berlin.

Den Forschern zufolge wird Erdgas auch langfristig eine Rolle im europäischen Energiemix spielen: Der Verbrauch werde bis 2040 sogar noch leicht auf über 600 Milliarden Kubikmeter pro Jahr steigen. Da die Erdgasförderung in den EU-Ländern aber bereits seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig sei und auch künftig weiter sinken werde, steigt die Importquote weiter. Gleichzeitig sinkt jedoch nach Angaben des DIW Berlin der Anteil der Erdgasbezüge aus Russland von heute fast 35 Prozent auf gut 20 Prozent im Jahr 2040.

## WEITERE INFOS

Zur Analyse des DIW Berlin:

[http://www.diw.de/de/diw\\_01.c.465395.de/themen\\_nachrichten/erdgasversorgung\\_in\\_europa\\_trotz\\_ukraine\\_krise\\_gesichert.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.465395.de/themen_nachrichten/erdgasversorgung_in_europa_trotz_ukraine_krise_gesichert.html)

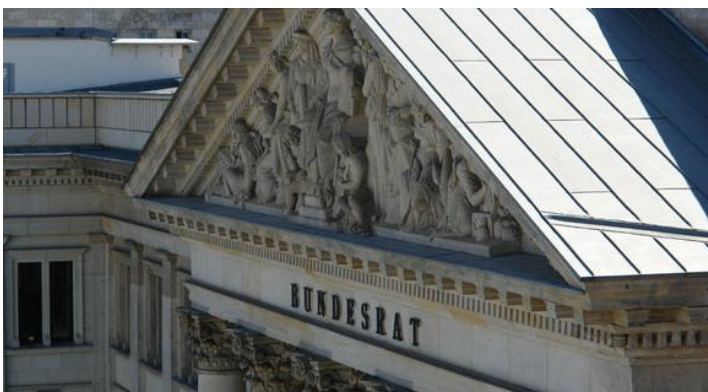
Zur BMWi-Themenwebseite „Erdgasversorgung“: <http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/Konventionelle-Energietraeger/gas.html>

*Bild: © industrieblick / fotolia.com*

---

## Bundesregierung beschließt Gegenäußerung zum Bundesrat bei EEG-Novelle und Besonderer Ausgleichsregelung

**Am 28. Mai hat das Bundeskabinett die Gegenäußerung der Bundesregierung zu den Stellungnahmen des Bundesrates zum EEG beschlossen.**



Der Bundesrat hatte sich am 23. Mai mit zwei zentralen Gesetzentwürfen zur Energiewende befasst: Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Besondere Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen standen auf der Tagesordnung der Länderkammer.

Der Bundesrat hatte zur EEG-Novelle insgesamt 19 Änderungen vorgeschlagen und vier Entschlüsse angenommen. Die Bundesregierung stimmte einigen vorgeschlagenen Änderungen zu oder kündigte eine Prüfung an. Dies betrifft zum Beispiel Fragen zur Fernsteuerbarkeit von Wasserkraftanlagen oder zur Erweiterung bestehender Biogasanlagen in der Vergangenheit. In der Mehrzahl lehnt die Bundesregierung die Änderungsvorschläge des Bundesrates jedoch ab.

Bei der Besonderen Ausgleichsregelung hatte der Bundesrat insgesamt acht Änderungen vorgeschlagen und zwei Entschlüsse angenommen. Die Bundesregierung hat einer von den acht vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt, eine weitere wird sie prüfen.

Im Juni berät der Bundestag über die Gesetze. In diesem Zusammenhang werden auch die beiden Gesetzentwürfe zu einem Gesetz zusammengeführt. Das reformierte EEG soll zum 1. August 2014 in Kraft treten.

## WEITERE INFOS

Gegenäußerung zu Länderanträgen bei EEG-Novelle (PDF: 32 KB):

<http://bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gegenaeusserung-breg-eeq.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Gegenäußerung zu Länderanträgen bei Besonderer Ausgleichsregelung (PDF: 29 KB):

<http://bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gegenaeusserung-breg-besar.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bild: © Bundesrat

---

## Neue EnVKV: BMWi bittet um Stellungnahme der Verbände

**Das Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) und die Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (EnVKV) setzen europäisches Recht zur Steigerung der Energieeffizienz von Produkten um. Zur Anpassung an neue Entwicklungen im EU-Recht wird die bestehende EnVKV nun geändert.**



Die EU hat für neue Produktgruppen die Kennzeichnung nach dem EU-Energieeffizienzlabel eingeführt. Daher müssen auch die entsprechenden Regelungen zur Überwachung dieser Anforderungen in Deutschland angepasst werden. So werden Bußgeldvorschriften festgelegt, zum Beispiel wie Verstöße gegen die korrekte Kennzeichnung mit der Effizienzskala zu ahnden sind. So wird sichergestellt, dass die EU-weiten Anforderungen zur Produktkennzeichnung eingehalten werden.

Entsprechende Bußgeldvorschriften werden für die Produktgruppen Raumheizgeräte, Staubsauger,

Warmwasserbereiter und Haushaltsbacköfen sowie den Verkauf von Produkten im Internet geschaffen.

Die Bundesregierung hat nun einen Entwurf für die neue EnVKV vorgelegt. Verbände können diesen in einer schriftlichen Stellungnahme bis Freitag, den 20. Juni 2014 unter folgender E-Mail-Adresse beim BMWi kommentieren: [buero-11b3@bmwi.bund.de](mailto:buero-11b3@bmwi.bund.de)

Verbände geben in ihrer Stellungnahme auch an, ob sie der geplanten Veröffentlichung ihrer Stellungnahme im Internet zustimmen. Sollte bis zum Ablauf der Frist nichts Gegenteiliges eingegangen sein, wird von einer Zustimmung zum Entwurf und zur Veröffentlichung ausgegangen.

**Die relevanten Dokumente:**

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Energiekennzeichnungsverordnung mit Vorblatt und Begründung: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/envkv-entwurf,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Energiekennzeichnungsverordnung (Lesefassung): <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/envkv-entwurf-lesefassung-aenderung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Verordnung zur Kennzeichnung von energieverbrauchsrelevanten Produkten mit Angaben über den Verbrauch an Energie und an anderen wichtigen Ressourcen (Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung - EnVKV): <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/envkv,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Gesetz zur Kennzeichnung von energieverbrauchsrelevanten Produkten, Kraftfahrzeugen und Reifen mit Angaben über den Verbrauch an Energie und an anderen wichtigen Ressourcen (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz - EnVKG): <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/envkg,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

*Bild: © BMWi / Vonderlind*

---

## **Netzausbau: Beckmeyer nimmt Unterschriftenliste von Bürgerinitiativen entgegen**

**Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, hat in der vergangenen Woche rund 120.000 Unterschriften von Bürgerinitiativen aus Bayern gegen die Gleichstrompassage Süd-Ost entgegengenommen.**



Im Bundesbedarfsplan, der den Ausbaubedarf im Höchstspannungsnetz abbildet, ist diese Leitung als sogenannter "Korridor D" aufgenommen und stellt ein vordringliches Netzausbauvorhaben dar. Die Trasse führt über eine Gesamtlänge von rund 450 Kilometern von Sachsen-Anhalt nach Bayern. Die Leitung soll dazu dienen, Engpässe im

Stromtransport zu vermeiden und zur Netzstabilität beizutragen – und ist nach Auffassung der Bundesregierung unverzichtbar.



Staatssekretär Beckmeyer: "Aus Sicht der Bundesregierung ist es wichtig, die Bevölkerung frühzeitig und umfassend in die Planungen für den Netzausbau einzubinden. Das haben wir auch gesetzlich festgeschrieben. Wir nehmen die Sorgen der Menschen vor Ort ernst."

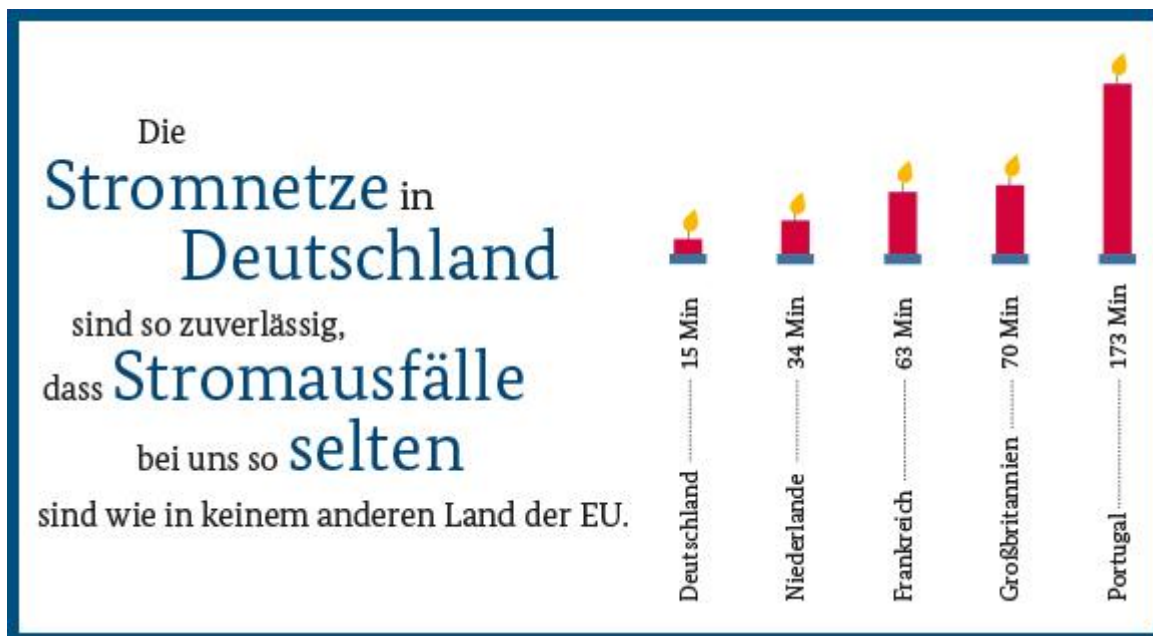
#### WEITERE INFOS:

Zur Netzausbauplattform der Bundesnetzagentur: [www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de)

Zur Netzausbauplattform der Übertragungsnetzbetreiber: [www.netzentwicklungsplan.de](http://www.netzentwicklungsplan.de)

Bild: © sp4764 / fotolia.com

## Stromversorgung in Deutschland EU-weit am zuverlässigsten



© BMWi / Quelle für die Zahlen: Council of European Energy Regulators (2012)

Deutschland verfügt über ein gut ausgebautes und verzweigtes Stromnetz. Für den sicheren Betrieb und die bedarfsgerechte Entwicklung der Netze sind in erster Linie die Netzbetreiber gefordert. Im Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) werden ihre Verantwortlichkeiten klar geregelt: Die Netzbetreiber sollen sicherstellen, die Nachfrage nach Strom zu befriedigen und mit zuverlässigen Netzen zur Versorgungssicherheit in Deutschland beizutragen.

Damit die Versorgungssicherheit weiterhin so hoch wie heute bleibt – im Schnitt gehen pro Jahr bei uns nur für eine viertel Stunde die Lichter aus – ermitteln die Netzbetreiber, welche Netze sie künftig brauchen, um den Strom sicher von A nach B zu transportieren. Wie genau das passiert und wie Bürgerinnen und Bürger sich an diesem Prozess beteiligen können, das erfahren Sie unter [www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de) und [www.netzentwicklungsplan.de](http://www.netzentwicklungsplan.de).

## Hinweise auf Sicherheitslücken bei Batteriespeichern für Solarstrom werden geprüft

Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) warnen laut Presseberichten vor Solarstrom-Speichern ohne Sicherheitszertifikat. Diese könnten bereits bei einfachen Fehlern in Privathaushalten in Brand geraten. Das Bundeswirtschaftsministerium nimmt die Hinweise ernst und wird sie prüfen.



Das Bundeswirtschaftsministerium fördert gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Speichertechnologien für Strom aus erneuerbaren Energien. Davon profitieren auch die in den Medien diskutierten Batteriespeicher auf Lithium-Ionen-Basis, die als besonders leistungsfähig gelten.

Bei der Konzeption des Förderprogramms wurde die Brandgefahr bedacht. Es existieren allerdings aufgrund der Neuheit der

Technologie für die Gesamtsysteme noch keine technischen Richtlinien und daher auch noch keine Zertifizierungen, auf die der Fördergeber Bezug nehmen könnte. Hinweise auf Sicherheitslücken wird das Bundeswirtschaftsministerium prüfen und die Förderbedingungen bei Bedarf anpassen.

Nach Angaben der KfW müssen Batteriespeicher über eine sogenannte Herstellerklärung (erarbeitet vom Bundesverband Solarwirtschaft) verfügen, in der neben der Einhaltung der Förderkriterien unter anderem bestätigt wird, dass die gültigen Anwendungsregeln und Normen eingehalten werden. Auch müssen Sicherheitsanforderungen, die nicht aus gültigen Regeln und Normen folgen, über ein Sicherheitskonzept des Herstellers dokumentiert werden. Batteriespeicher dürfen laut KfW zudem nur von geschulten Fachunternehmern installiert werden. Eine Förderung erfolgt nur, wenn die Herstellererklärung zum Speicher sowie die Dokumentation der fachgerechten Installation (Fachunternehmererklärung oder Speicherpass) vorliegen.

### WEITERE INFOS

Zur BMWi-Themenseite „Energiespeicher für stationäre und mobile Anwendungen“:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energieforschung-und-Innovationen/foerderschwerpunkte,did=455452.html>

Zur Förderinitiative Energiespeicher der Bundesregierung: <http://forschung-energiespeicher.info>

Zur KfW-Themenseite „Erneuerbare Energien-Speicher“:

[https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-Umwelt/Foerderprodukte/Erneuerbare-Energien--Speicher-\(275\)](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Energie-Umwelt/Foerderprodukte/Erneuerbare-Energien--Speicher-(275))

## Verbesserte Förderbedingungen bei den KfW-Programmen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren

Aus den Mitteln des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms finanziert die Bundesregierung die Förderung in den KfW-Programmen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren. Die Förderbedingungen einzelner Programme haben sich zum 1. Juni 2014 verbessert.



© Dalmatin.o / fotolia.com

Im KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ ist künftig die Anzahl der Wohneinheiten nach erfolgreicher Sanierung die Bemessungsgrundlage für den maximal möglichen Kredit- beziehungsweise Zuschussbetrag. Bisher galt die Anzahl der Wohneinheiten vor Sanierung als Bemessungsgrundlage.

In den kommunalen KfW-Programmen „IKK/IKU - Energetische Stadtsanierung - Energieeffizient Sanieren“ werden Tilgungszuschüsse angehoben. Bei einer umfassenden Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur – also etwa Rathäuser, Kindertagesstätten oder Schwimmhallen – zu einem so genannten Effizienzhaus 70 gibt es künftig einen Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent des Kreditbetrages, bei einer Sanierung zum KfW-Effizienzhaus 55 beträgt der Tilgungszuschuss 17,5 Prozent.

Im Sinne der Qualitätssicherung dürfen künftig die erforderlichen Bestätigungen zum Antrag und nach Durchführung nur noch von Sachverständigen unterschrieben werden, die in der Energieeffizienz-Expertenliste ([www.energie-effizienz-experten.de](http://www.energie-effizienz-experten.de)) unter der Kategorie „Förderprogramme der KfW“ eingetragen sind.

### Antrags- und Zusageprozess vereinfacht

Bereits am 12. Mai 2014 gab die KfW zudem den Startschuss für die „Bankdurchleitung Online 2.0“, den neuen onlinebasierten Antrags- und Zusageprozess für KfW-Förderkredite. Kernelement der jetzt eingeführten Version ist die neue automatisierte Prüfung der Förderfähigkeit für besonders stark nachgefragte Förderprodukte der KfW. Für diese Programme wird der Antrags- und Zusageprozess so deutlich vereinfacht.

Mit Hilfe der KfW-Förderungen wurden seit 2006 über 3,5 Millionen Wohnungen energieeffizient saniert oder neu errichtet. Diesen stehen für Investitionen von mehr als 165 Milliarden Euro, die der Energieeffizienz und damit dem Klimaschutz zu Gute kommen.

**WEITERE INFOS:**

Zu den KfW-Programmen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren [www.kfw.de](http://www.kfw.de)

Zum Projekt „Bankdurchleitung Online 2.0“: [www.kfw.de/bdo](http://www.kfw.de/bdo)

---

## Kleine Turbine, große Wirkung: Aus Restenergie Strom gewinnen

**Deutschland ist schon heute einer der effizientesten Industriestandorte der Welt. Im Zuge der Energiewende soll der Energieverbrauch weiter sinken, die Wirtschaft noch energieeffizienter werden. Umso besser, wenn auch kleinste Mengen Energie, die bislang einfach entweichen, genutzt werden. Eine neuartige Turbine hilft dabei.**



In kaum einem anderen Land nutzt die Wirtschaft Energie so effizient wie in Deutschland: Während die Leistung der Unternehmen in den vergangenen 20 Jahren deutlich zugelegt hat, sank ihr Energieverbrauch um rund 10 Prozent. Der effiziente Umgang mit Energie ist auch einer der entscheidenden Bausteine bei der Energiewende: Bis 2020 soll der Energieverbrauch in Deutschland um ein

Fünftel, bis 2050 sogar um die Hälfte sinken (gegenüber 2008).

### **Damit nichts verloren geht: Prozessgase nutzen**

Um noch effizienter zu werden, lohnt es sich, aus sogenannten Prozessgasen Energie zu gewinnen. Sie entstehen zum Beispiel beim Transport von Erdgas: Das Gas wird mit hohem Druck durch viele Tausend Kilometer Pipelines aus den Förderländern nach Deutschland gepumpt. In den regionalen Verteilnetzen herrscht aber in der Regel ein weit geringerer Druck als in den Pipelines. Deswegen muss das Erdgas „entspannt“, also sein Druck herabgesetzt werden. Mit dem dabei entweichenden Prozessgas geht bislang wertvolle Restenergie verloren.

In großen Biogasanlagen und Blockheizkraftwerken wird bereits heute Energie aus Prozessgasen zurückgewonnen, allerdings nur in einem Leistungsbereich zwischen 200 und 1.500 Kilowatt. Restenergie in kleineren Leistungsbereichen bleibt ungenutzt. Das bedeutet z.B. das kleinere Gasmengen bislang nicht verwertet werden können. Da im Zuge der Energiewende mehr und mehr dezentrale Biogasanlagen und Blockheizkraftwerke entstehen, macht es aber Sinn, Energie z.B. auch aus kleineren Gasmengen zurückzugewinnen.



**Kompakt: Stromgewinnung auf kleinstem Raum**

Ein neuartiger Turbinengenerator macht genau das möglich: Er wandelt selbst kleine Mengen an Restenergie in elektrischen Strom um – und zwar in einem Leistungsbereich von 3 bis 50 Kilowatt. Der Generator ist kaum größer als ein Schuhkarton, vergleichsweise preiswert herzustellen und arbeitet besonders effizient.

**Kleines Produkt, große Wirkung**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Entwicklung des Generators mit dem Förderprogramm ZIM-Einzelprojekte unterstützt. Innovationen wie diese stellen sicher, dass Deutschland seine Vorreiterschaft im Bereich Energieeffizienz weiter stärkt, die Energiewende ein Erfolgsprojekt bleibt und auch das Klima geschont wird.

**WEITERE INFOS**

Zum Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des BMWi: <http://www.zim-bmw.de/zim-ueberblick>

Zur BMWi-Themenseite „Energieeffizienz“: <http://www.bmw.de/DE/Themen/Energie/Energieeffizienz-und-Energiesparen/energieeffizienz.html>

*Bild: © DEPRAG SCHULZ GMBH & CO*

**Zitat der Woche**

**Prof. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin:**

„Kurzfristig würde die Europäische Union im Falle russischer Lieferboykotts bei Erdgas mit einem blauen Auge davonkommen – unter anderem weil die EU Erdgas aus verschiedenen Ländern bezieht und zuletzt mehr und mehr Flüssiggasterminals, Speicher sowie neue Pipelines errichtet wurden. Damit die Erdgasversorgung aber auch langfristig sicher ist, müssen die EU-Länder weiterhin

etwa neue Lieferquellen erschließen und die Energieeffizienz steigern.“

© Wener Schuering

## Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.

### **Der Tagesspiegel, 02.06.2014: Obama plant radikale CO2-Wende**

Es könnte eine der wichtigsten Reformen in der Amtszeit von Barack Obama werden. Zu dieser Einschätzung kommt der Tagesspiegel, denn, so die Zeitung, die US-Regierung macht ernst beim Klimaschutz. Die CO2-Emissionen will sie bis 2030 um 30 Prozent senken.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/usa-obama-plant-radikale-co2-wende/9977004.html>

### **WirtschaftsWoche Green, 02.06.2014: Zylinder-Batterie: Ist dieser Stromspeicher die Lösung für die Energiewende?**

Ein neues Konzept für Speicher kommt aus Österreich. Von den so genannten Powertower-Speichern gibt es bereits zwei Prototypen. Von ihnen berichtet die WirtschaftsWoche Green.

<http://green.wiwo.de/zyylinder-batterie-ist-dieser-stromspeicher-die-loesung-fuer-die-energiewende>

### **WAZ online, 01.06.2014: Elektro-Autos tanken an Laternen**

Elektro-Autos könnten bald auch Laternen anzapfen, um Strom zu tanken. In Berlin will ein Start-up-Unternehmen gut 100 Straßenleuchten dafür umbauen und bald überall im Land Laternen zu Ladesäulen machen, das berichtet die WAZ in ihrer Online-Ausgabe.

<http://www.derwesten.de/staedte/bottrop/elektro-autos-tanken-an-laternen-id9409741.html>

### **The Guardian, 28.05.2014: Shale and non-Russian gas imports at heart of new EU energy strategy**

Der englische Guardian berichtet von den Plänen der EU-Kommission für eine Strategie zur Energiesicherheit. Die Krise in der Ukraine führt zur Suche nach alternativen Quellen für Gas.

Umweltschützer beklagen, das Thema erneuerbaren Energien finde zu wenig Berücksichtigung.

<http://www.theguardian.com/environment/2014/may/28/shale-gas-russia-eu-renewables-ukraine-crisis>

### **DW Online, 28.05.2014: Energiesicherheit kann es nur langfristig geben**

Mit der Frage, wie abhängig Europa von russischem Gas ist und wie sich das ändern könnte, befasst sich Deutsche Welle Online. Energiepolitik, Energiesicherheit und -versorgung sind, so die Autoren, durch die Krise in der Ukraine auf der politischen Agenda ganz nach oben gerückt.

<http://www.dw.de/energiesicherheit-kann-es-nur-langfristig-geben/a-17668752>

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Scharnhorststr. 34-37  
10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin  
V.i.S.d.P. Dr. Christine Kahlen  
Telefax: 030-18 615-5208  
E-Mail: [newsletter-energiewende@bmwi.bund.de](mailto:newsletter-energiewende@bmwi.bund.de)

### Redaktion

ergo Unternehmenskommunikation GmbH & Co. KG  
Charlottenstraße 68  
10117 Berlin

### Bildnachweise

Siehe Quellenvermerke am Bild  
bzw. am Artikelende

### Stand

Juni 2014